

Nr. 17/120

Nichtständiger Ausschuss „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 10. Oktober 2007
(Drucksache 17/88)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ ein.

Der Ausschuss hat die Aufgabe,

1. die durch die Änderung des Wahlgesetzes in der letzten Legislaturperiode erforderlich gewordenen oder durch Erfahrungswerte des Landeswahlleiters bei der Durchführung vergangener Wahlen als wünschenswert erachteten Anpassungen im Landeswahlrecht zu erarbeiten,
2. eine Regelung zur Erweiterung des Wahlrechts auf 16- und 17-Jährige für die Wahlen zur Stadtbürgerschaft Bremen und zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven zu erarbeiten und für die Wahlen zur Bürgerschaft – Landtag – zu prüfen und gegebenenfalls zu erarbeiten,
3. die rechtliche Möglichkeit der Erweiterung des Wahlrechts auf Bremer Bürgerinnen und Bürger mit der Staatsangehörigkeit anderer EU-Mitgliedstaaten für die Wahlen zur Bürgerschaft – Landtag – zu prüfen und eine gesetzliche Regelung vorzuschlagen,
4. die rechtliche Möglichkeit der Erweiterung des kommunalen Wahlrechts zur Stadtbürgerschaft in Bremen und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven auf Bremer Bürgerinnen und Bürger, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines anderen EU-Mitgliedstaates haben, zu prüfen und eine gesetzliche Regelung vorzuschlagen,
5. die rechtliche Möglichkeit der Erweiterung des Wahlrechtes für die Beiräte in der Stadtgemeinde Bremen auf Bremer Bürgerinnen und Bürger, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines anderen EU-Mitgliedstaates haben, zu prüfen und eine gesetzliche Regelung vorzuschlagen,
6. Vorschläge zur Erleichterung der Voraussetzungen der Volksgesetzgebung insbesondere durch Erleichterungen bei den Eingangsvoraussetzungen und durch Absenkung der Zustimmungsquoren zu erarbeiten und eine gesetzliche bzw. verfassungsrechtliche Änderung vorzuschlagen,
7. Vorschläge zur Erweiterung der Zulässigkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen zu erarbeiten.

Der Ausschuss hat elf Mitglieder und elf stellvertretende Mitglieder.

Nr. 17/121

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Ehmke, Thomas	Dennhardt, Jens
Marken, Marlies	Peters-Rehwinkel, Insa
Senkal, Sükrü	Pohlmann, Jürgen
Tschöpe, Björn	Schildt, Frank

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Rohmeyer, Claas	Neumeyer, Silvia
Strohmann, Heiko	Pflugradt, Helmut
Winther, Sibylle	Ravens, Bernd

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Dr. Kuhn, Hermann	Dr. Mohammadzadeh, Zahra
Dr. Mathes, Karin	Öztürk, Mustafa

Von der Fraktion Die Linke:

Mitglied	Stellvertreter
Rupp, Klaus-Rainer	Erlanson, Peter

Von der Fraktion der FDP:

Mitglied	Stellvertreter
Möllenstädt, Oliver	Richter, Bernd

Nr. 17/122

Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes und anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 25. September 2007

(Drucksache 17/66)

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Oktober 2007

(Drucksache 17/87)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung des Änderungsantrages an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/123

Lärmschutz an Bahnstrecken dringend erforderlich

Antrag der Fraktion der FDP

vom 1. Oktober 2007

(Drucksache 17/70)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 18. Oktober 2007

(Drucksache 17/104)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Änderungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt und Energie (federführend) und die staatliche Deputation für Bau und Verkehr.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt und Energie (federführend) und die staatliche Deputation für Bau und Verkehr.

Nr. 17/124

Bremer Sozialticket

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 2. Oktober 2007
(Drucksache 17/73)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bau und Verkehr (federführend) und die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 17/125

Erhalt gentechnikfreier Landwirtschaft sichern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und Die Linke
vom 11. Oktober 2007
(Neufassung der Drs. 17/74 vom 02.10.07)
(Drucksache 17/90)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- darauf hinzuwirken, dass in der hiesigen Landwirtschaft auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen insbesondere über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung durch die im Land tätigen Landwirte und Agrarbetriebe flächendeckend verzichtet wird,
- Initiativen wie das „Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen und Hamburg“ und andere Zusammenschlüsse von Landwirtschaft und Handel in Bremen für gentechnikfreie Zonen zu unterstützen.

Nr. 17/126

16. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliament Conference, BSPC) vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 2. Oktober 2007
(Drucksache 17/75)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 17/127

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher und personalvertretungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2007
(Drucksache 17/76)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/128

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2007

(Drucksache 17/77)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/129

Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern in den Verwaltungsrat der Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2007

(Drucksache 17/78)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und Stellvertreter in den Verwaltungsrat der Stiftung Deutsches Schifffahrtsmuseum:

Günthner, Martin

Stellvertreterin: Mahnke, Manuela

Mittrenga, Susan

Stellvertreterin: Allers, Silke

Nr. 17/130

Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2007

(Drucksache 17/83)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/131

Mehr Jugendhilfe pro Einzelfall – und vor Ort – ermöglichen

Antrag der Fraktion Die Linke

vom 18. Oktober 2007

(Neufassung der Drs. 17/89 vom 11.10.07)

(Drucksache 17/105)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/132

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Peter Erlanson

anstelle der Abgeordneten Sirvan Cakici zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 17/133

Keine zusätzliche Einleitung von Salz-Abwässern in die Werra und Weser

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der FDP, Die Linke und der CDU

vom 16. Oktober 2007

(Neufassung der Drs. 17/91 vom 12.10.07)

(Drucksache 17/99)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis Dezember 2007 die Deputation für Umwelt und Energie umfassend über das beabsichtigte Vorhaben der Firma K+S Kali GmbH mit Beschreibung und Bewertung der Folgen für die Gewässergüte, Ökologie und Nutzungen für Werra und Weser und die bis dahin erfolgten Maßnahmen des Senats zu informieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf der Grundlage des gemeinsamen Bund-Länder-Abkommens von 1992, des geltenden europäischen und nationalen Wasserrechts mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass innovative Verfahren zur alternativen Entsorgung der salzhaltigen Abwässer geprüft werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Flussgebietsgemeinschaft aufzufordern, sich auch gegen die geplante Salzlaugen-Einleitung der K+S-Kali GmbH auszusprechen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für das im Jahr 2003 von den Anrainerländern formulierte Ziel, die Weser und ihre Nebenflüsse sowie ihren Quellfluss Werra wieder zu einem Lebensraum für gesunde Fische mit einem natürlichen Artenreichtum aufzubauen, stark zu machen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Ziele der EU-Wasser-rahmenrichtlinie zur Verbesserung des ökologischen und chemischen Zustands der Weser einzusetzen.

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie muss bis 2015 umgesetzt werden, um darüber hinaus die Werra ab dem Jahr 2020 wieder zu einem naturnahen Gewässer werden zu lassen.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Übergangszeit für eine deutliche Absenkung des noch bis 2012 geltenden Grenzwerts für Kalisalze (Chlorid) von 2.500 mg/l auf ein realistisches und umweltverträgliches Maß einzusetzen. Das Festhalten an alten Grenzwerten ist nicht zielführend. Ein gesunder Zustand der Weser liegt bei maximal 100 mg/l Chlorid.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bei dem Regierungspräsidium in Kassel darauf einzuwirken, dass nicht nur ein bergrechtliches, sondern auch ein wasserrechtliches Verfahren für die Genehmigung der Pipeline durchgeführt wird.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich für seine Beteiligung im Rahmen des durch die hessischen Landesbehörden durchzuführenden Genehmigungsverfahrens einzusetzen. Die Beteiligung der an der Weser liegenden Anrainer, Kommunen und Wassernutzer muss sichergestellt werden. Gleichzeitig soll die Firma K+S Kali GmbH dafür gewonnen werden, zusammen mit Umweltverbänden und Behörden eine Strategie zur Verringerung der Umweltbelastung und Sicherung der Arbeitsplätze zu entwickeln.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt jede zusätzliche Steigerung der Salzeinleitung in die Werra und die damit verbundenen Beeinträchtigungen auch für die Weser ab.
10. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, an der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Reduzierung der Salzfracht aus früherer/aktueller thüringischer, hessischer und niedersächsischer Produktion konstruktiv mitzuwirken.

Nr. 17/134

Frauenförderung in den Gesellschaftsverträgen/Satzungen öffentlicher Gesellschaften verankern

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke
vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/96)

1. Der Senat wird aufgefordert, den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) auf die im öffentlichen (Mehrheits-)Besitz befindlichen Gesellschaften auszuweiten und die hierfür notwendigen Schritte unverzüglich einzuleiten.
2. Der Senat wird gebeten, die Verpflichtung der Gesellschaften auf das LGG in die in Überarbeitung befindliche Pilotsatzung aufzunehmen und die Gesellschaften damit insbesondere zu verpflichten,
 - a) Frauenförderpläne mit verbindlichen Zeit- und Zielvorgaben zu erstellen,
 - b) ihre Beschäftigten bei der Wahl von Frauenbeauftragten zu unterstützen und die Gewählten entsprechend der Regelungen des LGG für ihre Tätigkeit freizustellen,
 - c) den Frauenbeauftragten bei Konflikten mit der Geschäftsführung den direkten Zugang zum/zur Vorsitzenden des jeweiligen Aufsichtsgremiums zu ermöglichen,
 - d) bei gleicher Eignung bevorzugt Bewerberinnen einzustellen und
 - e) ihre Ausbildungsplätze der Geschlechterquotierung des öffentlichen Dienstes entsprechend zu vergeben.
3. Der Senat wird gebeten sicherzustellen, dass die im Beschlusspunkt zwei aufgeführten Punkte zeitnah in die Gesellschaftsverträge/Satzungen der genannten Gesellschaften aufgenommen werden. Dies soll spätestens dann erfolgen, wenn Änderungen in den Gesellschaftsverträgen ohnehin erforderlich sind.

Nr. 17/135

Weiterentwicklung des bremischen Integrationskonzeptes

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/97)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 18. Oktober 2007

(Drucksache 17/106)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich für die laufende Legislaturperiode eine aktualisierte Konzeption zur Integration von Migrantinnen und Migranten im Lande Bremen zu entwickeln, die

- mit einem aufgrund der Erfahrungen des bisherigen Konzeptes neu formulierten Leitbild der Integration in Bremen ausgestattet ist,
- den Integrationsprozess als beiderseitigen Prozess anerkennt,
- Instrumente einschließt, die die Auswirkungen, die Qualität und den Ressourceneinsatz der Maßnahmen und Projekte misst und transparent macht,
- den finanziellen und personellen Ressourceneinsatz ins Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen setzt,
- strukturelle Veränderungen aufzeigt, die durch die im Rahmen des Konzeptes durchgeführten Maßnahmen bewirkt werden,
- wissenschaftlich begleitet und praxisrelevant ausgewertet wird und auf dieser Grundlage die jeweiligen Bedarfe ermittelt und entsprechende Schwerpunkte setzt,

- Aufnahmekriterien für neue und innovative Projekte (auch Selbsthilfeprojekte) ohne institutionelle Anbindung benennt,
- zu Zielvereinbarungen und Selbstverpflichtungen im Sinne der interkulturellen Öffnung der Regeldienste ermutigt und diese überprüft,
- die Vernetzung der verschiedenen im Bereich der Integrationspolitik bestehenden Angebote, tätigen Akteure und beteiligten Ebenen fördert.

